



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kühn, Emil: Reichsländische Zeitfragen : 3. Ein neuer Minister und die
Folgen seiner Ernennung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

vernachlässigte Pflicht der Hausfrauen hervorgehoben, in ihren Mägden Hausfrauen zu erziehen. Es erschien mir diese Pflicht so recht als eine Pflicht der Einzelnen, eine moralische Pflicht, die dem Einzelnen durch keine Gesamtheit abgenommen werden kann, und deren Vernachlässigung für den Einzelnen immer ein moralischer Vorwurf ist und unter keinen Umständen durch den billigen Hinweis auf die „veränderten Verhältnisse“ entschuldigt werden darf. Die „soziale Bewegung“ des letzten Jahrzehnts, auf die man so stolz ist, und die „soziale Gesinnung,“ deren sich die „ethischen“ Volkswirte der Mode so gern rühmen, hat für die bessere Erfüllung der Pflicht der Einzelnen auch auf diesem Gebiet nichts gethan, nichts thun wollen. Die moralische Seite des sozialen Lebens ist diesen „Ethikern“ eine völlig unbekannte Größe, wenn nicht ein Gegenstand des Hasses, des Hohns, der Bekämpfung. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Dienstbotenfrage ist das sprechendste Beispiel. Umso mehr schien es mir am Platze, wieder einmal an die Dienstboten und an die Erzieherpflicht ihnen gegenüber zu erinnern. Wem die läppische Koketterie mit dem „Fräulein Dr.“ nicht mehr imponirt, der wird vielleicht an dieser ernststen Frauenfrage wieder etwas Interesse nehmen. ß



Reichsländische Zeitfragen

Von Emil Kühn

3. Ein neuer Minister und die Folgen seiner Ernennung



er am Schluß meiner letzten Erörterung erwähnte Landesauschußabgeordnete Dr. Petri ist seitdem zum Unterstaatssekretär ernannt und an die Spitze der Ministerialabteilung für Justiz und Kultus gestellt worden. Von dieser Abteilung ressortirt einesteils die ganze Justizverwaltung mit dem umfanglichsten Vorschlag zur Stellenbesetzung, andernteils die Staatsaufsicht über die Religionsgesellschaften, die nach der bei uns geltenden Gesetzgebung sehr tief eingreift. Da die Unterstaatssekretäre thatsächlich, wenn auch nicht staatsrechtlich, so gut wie Minister sind, so ist die Ernennung eine sehr wichtige Maßregel und fordert zur Besprechung auf. Vorausschicken möchte ich, daß ich mich an und für sich über die Ernennung eines Eingebornen freuen würde, aber ich vermag mich nicht zu überzeugen, daß diese bestimmte Ernennung im deutschen Interesse liegt.

Herr Dr. Petri ist im Unterelsaß zu Hause, in dem Teile des Landes, der immer am meisten Deutsches bewahrt hat; der Konfession nach gehört er zu der Kirche Augsburgischen Bekenntnisses, der verbreitetsten unter unsern evangelischen Religionsgemeinschaften. Er ist 1852 geboren, stand also im bildungsfähigen Alter, als sein Geburtsland auch im politischen Sinne deutsch wurde. Als Referendar hat er den auch im Reichsland deutsch zugeschnittenen Vorbereitungsdienst durchgemacht. Nach bestandnem Assessorexamen ließ er sich in Straßburg als Rechtsanwalt nieder und gewann auch bald eine ansehnliche Praxis. Da trat eine Gelegenheit ein, die er dazu benutzte, der französischen Vergangenheit des Landes öffentlich abzusagen, ausdrücklich und bestimmt. Daß er es that, erwarb ihm, wie die Dinge damals standen, um die deutsche Sache ein wirkliches Verdienst. Für ihn selbst war es ein Wagnis, denn er machte sich dadurch viele Feinde, und er hat darunter gewiß nicht nur gesellschaftlich, sondern auch im Broterwerb, in seiner Praxis zu leiden gehabt. Aber es verschaffte ihm auch einflußreiche Freunde, und diese waren für ihn thätig. Um dieselbe Zeit etwa wurde außerdem ein naher Verwandter von ihm an die Spitze der Kirche Augsburgischen Bekenntnisses gestellt. Er selbst kam mit Hilfe der altdeutschen Stimmen für die Stadt Straßburg in den Reichstag. Seine Praxis erholte sich wieder und wurde sogar sehr groß und einträglich. Als später die erste Kreditanstalt des Landes das durchmachte, was man ein kleines Panama genannt hat, wurde zwar die Staatsdepositenverwaltung nicht ganz davon abgetrennt, aber unter wirksamere Rautelen gestellt, und Herr Dr. Petri wurde Bankdirektor für die betreffende Abteilung; wie niemand bezweifelt, durch staatlichen Einfluß. Diese Stelle hat er bis jetzt inne gehabt, und er ist außerdem Mitglied des Staatsrats, des Landesauschusses, des evangelischen Oberkonsistoriums usw. Das alles verdankt er unmittelbar oder mittelbar der Unterstützung der Regierung und der Altdeutschen, denn bei den „Kompatrioten“ ist er verhaßt, und bei denen, die uns günstiger gesinnt sind, fehlt es ihm an persönlichem Einfluß. Nur in einem ziemlich engen Kreise in Straßburg gilt er etwas. Dieser Kreis giebt sich à la Paris für das Herz des Landes aus, ist es aber nicht und nicht einmal Straßburgs sicher. Bei der letzten Reichstagswahl 1893 wurde Herr Dr. Petri für Straßburg wieder aufgestellt, als Versöhnungskandidat und sogar als deutscher Kandidat, obgleich er bei der Abstimmung über die Militärvorlage gesehlt hatte und über sein künftiges Verhältnis dazu nur gewundene Erklärungen abgab; er wurde jedoch von dem Sozialdemokraten geschlagen.

Man sieht: auf die schlechte Seite ist Herr Dr. Petri im ganzen nicht gefallen; wenn er als Märtyrer gelitten hat, so hat es nicht lange gedauert, und er ist reichlich entschädigt worden. Doch, diese Seite der Sache würde ich nicht erwähnen, wenn ihm sein Leiden nicht noch immer als Folie diene, bei andern und zu eignem Gebrauch. Hat er doch noch in der vorjährigen

Tagung des Landesauschusses Herrn Preiß wegen seiner Reichstagsünden hauptsächlich darum abgekanzelt — der wunderliche Vorgang gestattet kein andres Wort —, weil dieser „junge Mann“ nicht wie Ausgereifte die Not der Zeiten habe kennen lernen. Wenn Herr Dr. Petri der Meinung war, es sei nötig, aus dem Landesauschuß in die Reichstagsfenster hineinzureden, so war vom deutschen Standpunkt jedes andre Argument mehr am Platze. Zum Beispiel der Hinweis darauf, daß Herr Preiß als Referendar den Diensteid geleistet habe; andre möchten vielleicht vorbringen dürfen, daß Elsaß-Lothringen ungefragt annectirt worden sei, aber nicht Herr Preiß, denn könne es eine feierlichere Zustimmung geben als diesen für den Dienst des deutschen Reichslands aufgestellten Eid? Dieser Pfeil würde getroffen haben, wäre aber freilich auch auf das Martyrium zurückgeprallt, dem die Sache nicht gerade als Folie gedient hätte, denn Herr Dr. Petri war bei seiner Absage an Frankreich mit dem Eide in derselben Lage. Er handelte nur nach Ehre, Pflicht und Gewissen, als er die Absage vollzog: bricht nicht jeder die Brücke zu Frankreich ab, der dem deutschen Kaiser Treue und Gehorsam schwört? Und bleibt diese Folge des Eides nicht bestehen, wenn seine positiven Versprechungen verblassen, weil der Betreffende wieder aus dem Staatsdienste tritt, etwa Rechtsanwalt wird?

Das alles ist klar und unwiderleglich, im Volke fühlt es jeder, Herr Dr. Petri hat es als Jurist überdies gewußt. Für die politische Würdigung ist es natürlich ein Mehr, wenn bei einer bedeutenden Gelegenheit ausdrücklich und öffentlich wiederholt wird, was zwar schon feierlich bindet, weil vor Gott versprochen, was aber doch nur vor wenigen Personen und — nach dem juristischen Kunstausdruck — nur stillschweigend, implicite erklärt worden ist. Dieses Mehr ist gewiß verdienstlich und reicht aus, für den Beginn einer politischen Laufbahn zu empfehlen, aber nicht weiter. Es ist weder ziemlich, sich mit seinen Leiden zu brüsten, noch zeugt es auf unsrer Seite von nationaler Selbstachtung und von Klugheit, daß wir aus einem Akt der Pflichterfüllung ein Riesenverdienst schmieden: halb Heiligenschein, halb Wünschelrute. Diese Übertreibung reizt auch keineswegs zur Nachfolge, denn der Streber, der auf äußern Lohn bedacht ist, wird sich fragen, woher die entsprechende Lohnmenge für mehrere oder gar für viele genommen werden soll; wer dagegen den innern Lohn voranstellt, wird durch den Überschwang wie durch jede andre Art von Machte abgeschreckt. Herr Dr. Petri seinerseits ist jedenfalls nicht zartfühlend. Würde er auch sonst, ohne abzuwinken, das Quantum von Lob hinnehmen, das ihm jahraus jahrein unser „führendes deutsches Organ,“ die Straßburger Post, spendet? Ich bin deswegen lange Zeit geneigt gewesen, Herrn Dr. Petri, den ich nicht persönlich kenne, für besonders geduldig und für eine etwas passive Natur zu halten, bis mich der Vorfall mit Herrn Preiß auf meinen Irrtum aufmerksam machte.

Was hat nun Herr Dr. Petri seit seiner Absage an Frankreich noch für

die deutsche Sache gethan? Ich habe mich schon oft darnach gefragt, und auch andre, weiß aber nichts zu finden und kann auch nichts erfahren. Dagegen ist mir aus seinem spätern Verhalten manches aufgefallen, was die deutsche Sache schädigte. Seine zweideutige Haltung in der Militärfrage ist schon erwähnt worden; Bewegungsfreiheit darin durfte er als reichsländischer Abgeordneter noch weniger in Anspruch nehmen, als wenn er im sonstigen Deutschland gewählt gewesen wäre, denn bei uns hieß es in dieser Frage nur: Hie Deutschland, hie Frankreich! Vorher hatte er sich einmal von einem französischen Journalisten „interviewen“ lassen, der gern wissen wollte, wie es in Elsaß-Lothringen stünde. Herr Dr. Petri antwortete, seines Erachtens sei die Losreißung Elsaß-Lothringens von Deutschland weder möglich, noch zu wünschen. Die Straßburger Post war entzückt; ich möchte glauben, für einen Deutschen gäbe es nur die Antwort, dem Trager die Thür zu weisen. Wer das für chauvinistisch und illiberal hält, wird als Deutscher wenigstens nicht wünschen, daß der Ton der Antwort für uns gönnerhaft klinge. Das war aber der Eindruck, den die Petrische Antwort machte, im Gegensatz zu Herrn Dr. Höffel, der etwa um dieselbe Zeit auf eine ähnliche Frage ja ebenfalls Antwort gab, sachlich gleichlautend, aber zugleich in einer Form, die das eigne Ich nicht störend hervortreten ließ. Das darf auch nicht anders sein, denn das Gefühl fürs Vaterland ist Ehrfurcht; es steht so hoch, daß sich Niedres nicht einmischen darf.

Im Jahre 1896, bei dem fünfundzwanzigjährigen „Jubiläum“ der Einverleibung, hat Herr Dr. Petri im Landesausschuß eine Art von Perikleischer Staatsrede gehalten. Ich war ästhetisch sehr enttäuscht, denn die Leistung, die ich zu hören bekam, streifte das genre ennuyeux nicht bloß an. Auch das „Haus“ teilte diesen Eindruck und atmete offenbar erleichtert auf, als der Staatssekretär von Puttkamer den Redner ablöste. Das muß zwar erwähnt werden, weil Herr Dr. Petri auch geistig überschätzt wird, aber für die Bedeutung seiner Bundesgenossenschaft steht es doch nur in zweiter Reihe. Läßt sich dasselbe davon sagen, daß er in seiner Rede unter anderm an uns Altdeutsche eine feierliche Mahnung zur Geduld richtete? Die Elsaß-Lothringer verlangten eine behutsame und milde Behandlung. Ist das ein Freund, der so spricht? Wir haben die Bewohner des Reichslands als Schoßkinder behandelt und ernten den Dank von Schoßkindern, den Dank, den unfrome Eltern — der Ausdruck stammt von Lagarde — auch verdienen. Wenn uns Herr Dr. Petri, der wie jeder andre Bescheid weiß, das vorgehalten hätte, so wäre es als Quittung über die fünfundzwanzig Jahre nicht angenehm gewesen, hätte aber der Wahrheit entsprochen, und für die Wahrheit soll man danken. Aber freilich, wir sind, wie ich von früher her wiederhole, lauter Vergeben und Vergessen, und der Landesausschuß hört so etwas, wie es Herr Dr. Petri gesagt hat, sehr gern.

Geradezu deutschfeindlich hat die Art gewirkt, wie Herr Dr. Petri als Mitglied des Landesauschusses das Wort: Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern auf die Befetzung der Beamtenstellen anwendete. Ich habe diese Anwendung in den Grenzboten vor kurzem charakterisirt, der Leser wird meine Erörterung in frischer Erinnerung haben. Man braucht ja die Folgen gar nicht zuzuspitzen, etwa dahin, daß der Hauptmann Dreyfuß, wenn er in sein Geburtsland zurückkehren sollte, für die Petrische Auffassung ein genehmer Amtsanwärter sein würde, während ein junger Mann aus Baden, der sich aus wirklicher Begeisterung meldet, zurückzuweisen wäre. Denn, auch bei der Beschränkung auf die regelmäßigen Folgen der Petrischen Auffassung, im regelmäßigen Lauf der Dinge sind die schwersten Befürchtungen gerechtfertigt; der von mir früher gebrauchte Superlativ: sehr ernste Gefahr giebt nur eine schwache Vorstellung von dem, was dem Deutschtum droht, und zwar als nur gewaltsam wieder gut zu machende Folge. Jetzt kann Herr Dr. Petri das behaupten, was er als Abgeordneter empfohlen hat. Bei Neubefetzung von Stellen hat er außer den Ministerialbeamten folgende vorzuschlagen: 11 Präsidenten und gleichstehende Staatsanwälte, 35 Oberlandesgerichtsräte, Landgerichtsdirektoren und Erste Staatsanwälte, 162 Richter und Staatsanwälte, noch mehr festangestellte Sekretariatsbeamte, zahlreiche Handels- und Ergänzungsrichter, 11 Hypothekenbewahrer, mehr als 150 Notare, 119 Gerichtsvollzieher, zahlreiche Gefängnisbeamte. 64 Assessoren hängen für ihre Anstellung und für ihre vorläufige Verwendung von ihm ab. 167 Referendare und Notariatskandidaten, mehr als 200 Anwärter des Gerichtschreiber- und Gerichtsvollzieheramts hängen nicht bloß ebenfalls von ihm ab, sondern er ist es auch, der über die erste Zulassung zu diesen sämtlichen Vorbereitungsstellen zu verfügen hat. Diese Zahlen sprechen, wenn man bedenkt, daß Elsaß-Lothringen kein großes Land ist. Weder der Staatssekretär noch die andern Unterstaatssekretäre können sich in Bezug auf diese Quelle von Einfluß und handgreiflicher Macht mit Herrn Dr. Petri messen. Er hat ein großes Stück unsrer staatlichen Zukunft in die Hand bekommen. Es kommt noch hinzu, daß kein Geistlicher des Landes ein festes Amt im Kirchendienst antreten kann, ohne vom Staat bestätigt zu sein, also ohne Mitwirkung der Ministerialabteilung, an deren Spitze Herr Dr. Petri gestellt worden ist.

Herr Dr. Petri ist typisch dafür, wie die Deutschfreundlichkeit in unserm Lande, näher betrachtet, sehr oft aussieht. In die Zeitungen kommen über dergleichen höchstens abgerissene Andeutungen, es hat deswegen im Zusammenhang besprochen werden müssen. Herr Dr. Petri gehört zu den ältern unter dem seit 1870 zum Mannesalter gelangten Geschlecht, aber der jüngere Teil ist für Deutschland im Durchschnitt keineswegs erfreulicher. Ich bin es nicht allein, der im Reichsland so urteilt. Wenn dieser Aufsatz im Lande gelesen werden sollte, so werden gerade an dieser Stelle sehr viele zustimmen und nur

den Ausdruck zu mild finden. Wenn ich es allein oder fast allein öffentlich ausspreche, so giebt es dafür mancherlei Gründe, verwerfliche, aber auch zu entschuldigende. Es ist z. B., wie ich in den letzten Jahren selbst erfahren habe, sehr schwer, die Wahrheit über Elsaß-Lothringen in die altdeutsche Presse zu bringen. Unsr Landespresse nimmt fast ausnahmslos Rücksichten, oder ihre Richtung steht einem gar zu fern. Die Rücksichten, die genommen werden, sind nicht bloß der Wahrheit, sondern auch dem Deutschtum schädlich, ganz ähnlich wie die Kompromisse im reichsländischen Staatsleben wohl der Zufriedenheitslegende und der Vertuschung zu gute kommen, aber thatsächlich, wenn auch von uns nicht gewollt, auf Kosten der deutschen Sache geschlossen werden.

Die geistige Luft, in der unsre Jugend heranwächst, ist nicht gesund. Die Jugend sieht, daß wir uns in allem Wesentlichen — Feste und Hurraschreien sind nur Zuthaten — mit dem Deutschtum zur Seite drücken. Und da sollen Achtung und Zuneigung für uns in die jungen Seelen einziehen. Die Jugend richtet nach dem großen Eindruck: Kann unser Verhalten imponiren? Da, wo sie achtet, liebt sie meistens, aber immer haßt sie, wo sie nicht achten kann. Und sie haßt um so stärker, je mehr sie, in unsern Schulen z. B., bearbeitet wird, zu lieben. Ganz ähnlich gestimmt ist die Seele des sogenannten gemeinen Mannes. Auch er empfindet unmittelbar Achtung, Liebe und Haß. Auch er liebt uns nicht und kann es nicht, ohne seinem natürlichen Wesen untreu zu werden, gleichsam aus der Haut zu fahren; nicht eher wird er es können, als bis wir fest und deutsch auftreten. Der jetzige Stand der Gemüter ist betrübend, und unser Schuldanteil daran ist groß, aber sollen wir darum die Träger solcher Gefinnungen zu Beamten, zu Trägern unser Staatsgebäudes machen, das doch deutsch ist? Ist Herr Dr. Petri der Mann, der zur richtigen Auslese berufen erscheint? Er ist ja selber ein Kunstprodukt unsrer falschen Politik, die unter den Mitteln, die Gemüter zu lenken und zu beherrschen, gerade die natürlichen und nächstliegenden auf den Kopf gestellt hat, gerade die, die überall und zu allen Zeiten wirken und dieselben bleiben. Seine Ernennung ist eine große Konzession, aber keine Maßregel, die zu richtiger Politik umlenkte.

Weit geringer als die Verstärkung der Zukunftsgefahren schlage ich bei der Ernennung Herrn Dr. Petris den Umstand an, daß sie von der üblichen Besetzungsweise abweicht. Zur Zeit der altpreußischen Kollegien wäre sie nicht möglich gewesen, ging doch deren Macht so weit, daß sie sich in der Regel durch eine Art von Kooptation selbst ergänzten, aber dergleichen ist ja überall abgekommen, seit der Konstitutionalismus aufgekommen ist, und unsre modernen Obergerichte haben zwar an Schwerfälligkeit, aber auch an berechtigtem Selbstgefühl und Zusammenhalt verloren. In mancher Beziehung ist es auch kein Schaden, wenn andres Blut in die obern Stellen kommt, und was die Befähigung anlangt, so steht ein tüchtiger und angesehener Rechtsanwalt, was Herr Dr. Petri gewesen ist, einem Ministerialrat oder einem höhern Richter

nicht nach. Selbst der französische Beigeschmack, den diese Wertschätzung der Advokatur hat, ist ein nebensächliches Bedenken. Diese ganze Seite der Sache ist aber überhaupt anders anzusehen als das bisher Erörterte, denn es ist sicher, daß sie bei der Entscheidung erwogen worden ist; die Kritik hat sich also zu bescheiden, bis der Erfolg sichtbar wird. Dagegen ist nicht anzunehmen, daß die politische Vergangenheit Herrn Dr. Petris an entscheidender Stelle in demselben Maße gewürdigt worden ist. Ich kann mir z. B. nicht denken, daß der Kaiser von dem Verhalten seines neuen Ministers in der Militärfrage unterrichtet gewesen ist, und ebenso wenig glaube ich, daß unser Statthalter bei seinem Vortrag darum wußte. Das allerdings scheint festzustehen, daß Fürst Hohenlohe-Langenburg die Ernennung selber angeregt und betrieben hat, während er bisher die Initiative mehr dem Staatssekretär von Puttkamer überließ. Ich gehöre nicht zu den Anhängern Herrn von Puttkamers, kann mich aber nicht darüber freuen, daß bei dieser Gelegenheit sein Abtreten oder seine Laune unberücksichtigt geblieben ist. Ist er doch ein genauer Kenner der Volksschichten, bei denen wir eine Stütze suchen, und hat er doch in Einräumungen an die einheimische Adresse eher zu große Freigebigkeit als vorsichtige Sparsamkeit bewiesen. Wenn er sich gegen eine weitere Einräumung ausspricht oder auch nur zurückhaltend verhält, so ist sie nicht angebracht. Natürlich macht der Klatsch aus der Zurückhaltung sofort einen tiefen Gegensatz, und mancher politische Pflastertreter in Straßburg sieht schon Herrn Dr. Petri zum Staatssekretär aufrücken.

Einen besonders schweren Stand wird Herr Dr. Petri als Kultusminister haben. Auf dessen Aufgaben wird er jedenfalls durch Kenntnis der Gesetzgebung vorbereitet sein, aber es fehlt ihm an genügender praktischer Erfahrung. Als Rechtsanwalt und als Bankdirektor hat er keine erworben, und die Erfahrungen, die er als Mitglied des evangelischen Oberkonsistoriums gesammelt hat, helfen ihm nichts für das Verhältnis zur katholischen Kirche und werden ihm schon jetzt als Befangenheit vorgeworfen. Hoffentlich weist er jede Anwandlung von politischem Protestantismus zurück und verweist er den dazu geneigten Teil seiner Straßburger Bundesgenossenschaft in die Schranken, die von der Parität gefordert werden! Er ist ja ein Verehrer Fürst Bismarcks, wenigstens hat er ihn in seiner großen Rede von 1896 zitiert, wenn auch nicht ganz getreu, er wird daher geneigt sein, das zu beherzigen, was Fürst Bismarck zu einem evangelischen Geistlichen unsers Landes bemerkt hat, als ihm dieser seinen Dank für die Wiedervereinigung des Reichslandes aussprach unter besonderer Betonung des evangelischen Standpunkts. Fürst Bismarck hat den sehr tüchtigen, aber etwas übereifrigen Mann mit Wohlwollen angehört, ihm aber doch zum Schluß gesagt: Herr Prediger, das deutsche Reich ist nicht konfessionell.

Die richtige Auffassung der Staatsaufsicht über die katholische Kirche geht nicht auf den Polizeibefehl oder auf romantisch frömmelnde Mache aus, sondern sucht ihr Ziel darin, zwischen der Kirche und den übrigen Mächten des mensch-

lichen Zusammenlebens im Staate Frieden und Gleichgewicht zu erhalten und die Seelsorge fördern zu helfen. Dieses Ziel ist erreichbar, giebt für Thun und Lassen einen festen Maßstab und kann ebenso wenig zu Kirchenverfolgung wie zu eitelm Liebeswerben führen. Für diese Auffassung ist die hierarchische Gliederung und Einwirkung etwas gegebenes, auch als Vermittlerin aller Zuwendungen, aber nicht so, daß der Staat hinter der Kirche verschwindet. Streit wird diese Auffassung aufs äußerste vermeiden, aber den aufgenommenen durchfechten, ohne Furcht vor Gespenstern.

Nach diesen Grundsätzen ist die umfassende Kirchenhoheit des Reichslandes bisher nicht gehandhabt worden, sondern das Hauptbestreben ist darauf gerichtet gewesen, die katholische Kirche durch äußere Wohlthaten zu gewinnen. Ihre Austeilung ist fast ganz den bischöflichen Behörden überlassen worden. So erscheint denn dem Seelsorgeklerus und den kirchlichen Anstalten Monseigneur — die fast ständige Bezeichnung des Bischofs — als der eigentlich gebende Teil. Einige Zugeständnisse sind ja erreicht worden, aber es waren, genau besehen, nur selbstverständliche, und sie werden in der Ausführung wieder abgeschwächt. Im ganzen ist das Gegenteil von Erfolg bewirkt worden. Wie soll auch auf weltliche Saat geistliche Ernte folgen? Die Kirche hat französischen Geist und französischen Habitus nur noch mehr gehegt, auch im Elsaß, und trotz des altdeutschen Bischofs Fritzen. Die jüngere Generation der Geistlichkeit ist uns noch feindlicher als die ältere und zeigt es über das ihren Obern genehme Maß. Darin darf sie es wagen, ihnen Ungehorsam oder Nichtachtung zu beweisen: *laudabiliter zelo peccant*. Nicht am wenigsten leidet unter dieser Richtung der Gemüter die Seelsorge. Ob der neue Kultusminister diesem Unwesen steuern wird? Wird er wenigstens nach französischer Art die Zügel straffer anziehen und die freigebigen Zuwendungen nach dem *do ut des* behandeln? Wird er, und wird in höherer Instanz der Statthalter das Liebeswerben meiden, wie es besonders der Statthalter von Manteuffel halb sentimental, halb planmäßig geübt hat? Wir stehen in alledem vor bedeutsamen Fragezeichen. Im Reichslande wird man als Deutscher hoffnungsarm. Ich fürchte, daß Herr Dr. Petri keine Ausnahme von der Regel machen wird, wonach sich liberale Protestanten am wenigsten zu Kultusministern eignen.

In der eigentlichen Justizabteilung wird es Herr Dr. Petri in vieler Beziehung besser haben. Die Geheimnisse der höhern Dekretirkunst werden nicht lange Geheimnisse für ihn bleiben, denn als Jurist kennt er schon *res quae in numero, pondere, mensura consistunt*. Er hat jedenfalls die Absicht, dem Bürokratismus entgegenzutreten, wie er beispielsweise den nicht streberischen, aber strebsamen Einzelrichter fast auf Schritt und Tritt begleitet und hemmt, wie er auch das für Elsaß-Lothringen so wichtige Notariat in lästige Schablonen zwingt, ohne seine Auswüchse beseitigen zu können. Aber auch auf diesem Gebiete wird Herr Dr. Petri die Erfahrung machen, daß die Umgebung oft stärker ist als der zur Leitung berufne Wille. Nicht daß die Räte, die

er übersprungen hat, daran dächten, ihm Schwierigkeiten zu machen, und auch sonst etwas andres als das Beste wollten, aber der Amtsapparat der Zentralstelle als solcher ist zu groß; seit Einführung der Ministerialverfassung hat er sich mehr als verdoppelt. Das ist eine starke Hemmung für die Initiative jedes Ministers, er hätte denn ein außerordentliches Maß von Energie und Fähigkeit. Schließlich wird es darin wohl im wesentlichen beim alten bleiben, und Herr Dr. Petri wird noch mehr Veranlassung haben, seine Hauptthätigkeit den Personalfragen zuzuwenden. Darüber ist noch etwas nachzutragen, was meines Erachtens sehr wichtig ist. Im Reichslande wird viel antichambriert, und die Altdeutschen nehmen daran nicht weniger teil als die Eingebornen. Aber bisher ist im Sprechzimmer des Ministers doch kaum von deutschen Justizbeamten etwas andres als deutsch gesprochen worden. Das wird jetzt aller Wahrscheinlichkeit nach anders werden, denn als korrekter „Einheimischer“ spricht Herr Dr. Petri mit andern Einheimischen nicht ungern französisch, lehnt jedenfalls den Gebrauch dieser Sprache nicht ab. Dergleichen ist ja, wie behauptet wird, nur harmlose Sprachübung, aber ich bin nun einmal Chauvinist und kann deshalb von dem Irrtum nicht loskommen, daß zu deutschem Wesen auch deutsche Sprache gehört, und daß das Beispiel von oben zu kommen hat.

Im Landesausschuß ist die Ernennung des Herrn Dr. Petri mit allgemeinem Beifall aufgenommen worden. Der Beifall ist sicher aufrichtig gewesen und wird von der Bevölkerung geteilt. Es soll auch kein Abzug daran versucht werden, in der Richtung etwa, daß der Beifall weniger der Person als der Landsmannschaft gölte, wie man sie im Landesausschuß und im Lande selbst gegen uns auffaßt. Aber in derselben Sitzung haben bei der Debatte sofort Ausnahme- und Gleichstellung und Feindseligkeit gegen deutsche Einrichtungen die alte Rolle gespielt. Das ist ja nur Geplänkel und will nicht viel sagen, immerhin zeugt es nicht von einer mächtigen Wirkung der Ernennung. Für den weiteren Verlauf der Dinge wird ja Herr Dr. Petri damit rechnen, daß der Sitz am Ministertische zwar ehrenreicher ist als der Sperrstiz des Abgeordneten, aber auch weniger behaglich, und daß es etwas ganz andres ist, sich von jedem Abgeordneten „anzapfen“ lassen zu müssen, als selber anzupfen oder großmütig zu verteidigen. Seine Ministerialabteilung bietet überdies mehr Angriffspunkte dar als die seinem Doppelkollegen, Herrn Zorn von Bulach, zugefallne landwirtschaftliche, und dieser ist ein Notabler erster Klasse, was Herr Dr. Petri nicht ist. Allerdings kann sich dafür Herr Dr. Petri manchen Mitgliedern des Landesausschusses oder ihrer Klientel recht unangenehm machen, innerhalb der durch die Pflichtübung gesteckten Grenze. Das sind, wird man vielleicht einwenden, persönliche Umstände, aber in einem kleinen Lande sind sie recht wichtig. Doch, was bedeutet die Ernennung für die nächste Zukunft, für die „politische Konstellation“?

Die Regierung legt großen Wert darauf, daß eine von ihr beantragte Kapitalrentensteuer zum Gesetz werde. Dieses Gesetz wäre in der That mehr

als irgend einer der bisherigen „Erfolge“ der Gesetzgebung; es hat sogar sozialpolitischen Wert, denn bis jetzt haben wir im Lande keine Form von Einkommensteuer auf bewegliches Vermögen. Es scheint, daß sich die Regierung von der Annahme sehr viel verspricht, wahrscheinlich auch für die bevorstehenden Reichstagswahlen. Der Landesausschuß seines teils ist für den Entwurf ungünstig gestimmt, wird aber wohl nachgeben müssen. Der Weg dazu wird ihm dadurch zu ebnen gesucht, daß der Einföhrungstermin der Steuer erst später festgestellt werden, und daß der Landesausschuß in die Generalkommission zur Einföhrung des Gesetzes die meisten Mitglieder wählen soll. Aber das ist wohl ein Pflaster auf die Wunde, jedoch kein Grund, sich die Wunde schlagen zu helfen. Für die Zustimmung wird entscheiden, daß sich der Landesausschuß in seiner bisherigen Zusammensetzung bedroht fühlt. Er fürchtet eine Wahlreform und ist gegen sie auf den guten Willen der Regierung angewiesen. Er weiß sehr wohl, daß der Regierung der in den Reichstag gebrachte Antrag unserer Separatisten zu radikal ist, aber dadurch ist die Frage der Wahlreform in Fluß gekommen, sie ist volkstümlich, und die Regierung könnte darauf kommen, es liegt ja nahe genug, die Hochburg der jetzigen Zusammensetzung, das Wahlrecht der Bezirkstage, zum Gegenstand der Reform zu machen. Was soll der Landesausschuß dagegen thun? Seine Popularität ausspielen? Die ist, wie er sehr wohl weiß, nicht vorhanden, er ist bestenfalls weniger unpopulär als die Regierung, aber nur, weil er „einheimisch“ ist. Der Anlaß wäre auch schlecht gewählt, heißt doch der Landesausschuß in dem am meisten gelesenen Teil unserer Presse kaum noch anders als Rentnerparlament. Mit Recht oder Unrecht, er heißt jetzt so, und das will für diese Frage sehr viel sagen.

Das ist die Sachlage, die der Regierung im Landesausschuß Oberwasser verschafft. Die Plänkelleien werden fortgesetzt, gegen Ausnahmegeetze, Deutschum zweiter Klasse usw.; das gehört mit zur Staffage, darf aber über den wirklichen Hintergrund nicht täuschen. Der Landesausschuß ist in einer Zwangslage. Davon kann so leicht kein politischer „Faktor“ etwas abthun, aber es kann auch kaum etwas hinzugethan werden. Die Ernennung Herrn Dr. Petris insbesondere ist dafür nur Episode, und kaum eine günstige, denn sie wird nicht als ein Zugeständnis der Stärke aufgefaßt. Für die Reichstagswahlen vollends spielt die Ernennung keine Rolle. Was weiß der oberelßässische Fabrikarbeiter, der Bauer aus dem Sundgau von Herrn Dr. Petri? Was der Lothringer? Das sind fast ganz katholische Landesteile, und der Herr Pfarrer will von ihm nichts wissen; der Notable, z. B. der protestantische Fabrikherr, sieht ihn als abtrünnig an. Im Unterelßaß stehen ja die Wahlausichten besser, aber da hätten die Gesinnungsgenossen Herrn Dr. Petris auch ohne seine Ernennung für sich oder ihre Schützlinge gewirkt, und bei den Massen zählt Herr Dr. Petri auch im Unterelßaß nicht mit, in Straßburg ist er dem kleinen Mann zwar bekannt, aber keineswegs volkstümlich.

So ist denn die politische Geschichte des Reichslands um ein wohlgemeintes, aber nutzloses und gefährliches Experiment bereichert worden. Es ist nicht das erste. Wann werden wir endlich die allein frommende Verwaltungspolitik erhalten? Eine Politik ist damit gemeint, die den Landesauschuß und die obern Tausend höflich, aber als das behandelt, was sie sind, als quantités négligeables. Eine Politik weiterhin, die mit eignen Augen sieht, nicht nach Stimmungen, sondern nach dauernden Werten fragt, in stetiger ernster Arbeit, durch festes Auftreten unserm neuen Staat eine Stätte im Volksgemüt bereitet. Wo darnach verfahren wird, reiht sich ein Tag an den andern zur Zukunftsernte an, nicht so, daß sie schnell und in die Augen springend reift, aber sicher und tief Wurzel fassend. Saure Wochen, frohe Feste!

Größere Lebenskraft als politische Experimente bewähren die politischen Aussprüche Fürst Bismarcks. Davon lautet einer dahin, daß Elsaß-Lothringen als Festungsglacié annektrirt worden sei, ein anderer so, daß sich nur fertige Staaten den Luxus parlamentarischer Regierungsweise erlauben könnten. In Osterreich hat die Blüte der „Herbstzeitlose“ in der That nicht lange gedauert; mit dem reichsländischen Gegenstück wird es kaum anders gehen. Wohl aber wird es, so lange als Menschen und menschliche Leidenschaften mit einander kämpfen, immer so bleiben, daß sich der Sieger gegen neue Angriffe des Besiegten zu sichern sucht, sei es auch durch Eroberung. Die Menschen im Festungsglacié trifft es hart, aber jede Notwendigkeit ist erträglich, und keine, richtig ertragen, tastet die Menschenwürde an. Dagegen widerstreitet dem echten Freiheitsgefühl nichts mehr, als wenn steter Wechsel der äußern und innern Lebensbedingungen von Menschen über Menschen verhängt wird, sei es auch in der besten Absicht. Hiergegen bäumt sich das Beste im Menschen auf. So ist es dem Reichsland seit der Einverleibung ergangen: Wechsel auf Wechsel, Versuch auf Versuch. Darüber hätten unsre neuen Landsleute das Recht zu klagen. Aber darüber klagt keiner, und das ist das Schlimmste. Werden doch die Gemüter im Lande fast nur durch Mode und Neuerungssucht beherrscht, durch die ärgsten Feinde von Freiheit und Würde.



Zur Reform des Postpaketportos

(Schluß)



ei einem Portogesez sowie bei jeder sonstigen gesezlichen Maßregel kommt es aber doch darauf an, wie sie im großen und ganzen wirkt. Deshalb werden einige ungünstige Nebenwirkungen schwerlich die Wiederaufhebung eines sonst guten Gesezes rechtfertigen. Oft sind sie aber gar nicht zu ändern und daher ebenso mit in den Kauf zu nehmen wie der Schatten, den jedes Licht wirft. Wenn